

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/81

29. April 1975

Es kommt auf jede Stimme an

Aufschwung der Wirtschaft muß zu Aufschwung in den
Wahlurnen führen

Von Heinz Kühn MdL
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellv.
Vorsitzender der SPD

Seite 1 / 46 Zeilen

Die Saar-CDU geriet in Panik

Nach erfolgreichem Wahlkampf gute Chancen für sozial-
liberale Koalition

Von Friedel Läßle MdL
Vorsitzender und Spitzenkandidat der SPD im Saarland

Seite 2 bis 4 / 105 Zeilen

Seltsame demokratische Entwicklungshilfe

Unions-Abgeordnete wollten am Vorabend der Wahl über
Portugal den Stab brechen

Von Klaus Richter MdB
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des
Europarates und Sprecher der Deutschen Delegation

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Wird der Kölner Dom abgerissen?

Zwischenbilanz zum Altstadtanierungsgesamtkonzept der
Bundesregierung

Von Dr. Olaf Schwencke MdB
Mitglied des Bundestagesausschusses für Raumordnung, Bau-
wesen und Städtebau und des Deutschen Nationalkomitees
für das Europäische Denkmalschutzjahr 1975

Seite 7 und 8 / 78 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 39
Telex: 08 90 845 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Es kommt auf jede Stimme an

Aufschwung der Wirtschaft muß zu Aufschwung in den Wahlen führen

Von Heinz Kühn MdL

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellv. Vorsitzender der SPD

Noch tönen die Schlachtgesänge in Nordrhein-Westfalen, aber die große Mehrheit der Wähler hat sich ihr Urteil gebildet. Wenn man den Aussagen der Meinungsforscher und den eigenen Eindrücken im Wahlkampf trauen kann, dann sind darunter viele, die noch vor Monaten entschlossen waren, den düsteren Zukunftsprognosen der CDU zu folgen, jetzt aber, die Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs vor Augen, auf die Sozialdemokraten oder die FDP setzen. Diese für uns erfreuliche Entwicklung demotiviert den Slogan der CDU. Ihre Jahreszeit war der Winter - der Frühling ist mit den Sozialliberalen!

Dannoch wäre es voreilig, schon jetzt in Jubel auszubrechen oder auch nur die Hände in den Schoß zu legen. Stimmungen sind noch keine Stimmungen. Es bleibt dabei, daß es in der Wahl am 4. Mai um Bruchteile von Prozenten geht. Wir haben uns deswegen in den letzten Tagen darauf konzentriert, unseren Freunden klarzumachen, daß es auf jede Stimme ankommt. Niemand muß wegen der Wahl auf den verdienten Kurzurlaub vom 1. bis zum 4. Mai verzichten, aber jeder sollte so rechtzeitig die Rückreise antreten, daß er nicht im Autobahnstau seine Wahlchance verpaßt.

Natürlich ist es noch zu früh, ein abschließendes Resümee dieses Wahlkampfes zu geben. Einige Punkte kann man aber schon jetzt festhalten:

- Der Wahlkampf ist von allen Seiten im Großen und Ganzen fair geführt worden. Schläge unter die Gürtellinie kamen - von einigen lokalen Entgleisungen einmal abgesehen - nur vom obersten "Gasterbeiter" im Wahlkampf der CDU: von Franz Josef Strauß.

- Der CDU ist es nicht gelungen, mit ein paar Zitaten aus einem von über zwanzig in NRW zugelassenen Schulbüchern den Eindruck zu erwecken, als ob sozialdemokratische Bildungspolitik die Propagierung von Fäkalien-sprache beinhaltet. Unsere großen Erfolge im Ausbau und in der Reform unseres Schul- und Hochschulwesens konnten damit nicht zugedeckt werden.

- Die "Emotionalisierung der Bevölkerung" durch "die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild", die getreu den Sonthofener Lehren ihres bayerischen Zuchtmeisters auch das Wahlziel der nordrhein-westfälischen CDU war, ist nicht gelungen. Die Menschen in unserem Lande spüren, daß es wirtschaftlich wieder aufwärts geht, sie vertrauen nicht mehr dem Zweckpessimismus professioneller Schwarzmalerei, sondern eher dem besonnenen Optimismus von Helmut Schmidt, daß wir im Sommer über den Berg sind. Die letzten Zauderer werden sich sicher noch überzeugen lassen, wenn sie im Frühjahrs-Gutachten der fünf führenden Konjunkturforschungsinstitute lesen: "Die Gefahr für eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs ist gebannt. Die Weichen für einen neuen Aufschwung sind gestellt."

Wir werden auch in den letzten Tagen bis zum 4. Mai dafür kämpfen, daß dieser Erfolg der sozialliberalen Wirtschaftspolitik im Bund und Land zu einem Aufschwung auch in den Wahlen am Sonntag führt. (-/29.4.1975/bgy/pr)

Die Saar-CDU geriet in Panik

Nach erfolgreichem Wahlkampf gute Chancen für sozial-liberale Koalition

Von Friedel Lüpplé MdL

Vorsitzender und Spitzenkandidat der SPD im Saarland

Kopflösigkeit bei den noch regierenden Christdemokraten kennzeichnete die letzte Phase des Wahlkampfes an der Saar. In einem letzten Versuch, den immer deutlicher werdenden Trend zugunsten der sozial-liberalen Kräfte zu wenden, griff die CDU zu - gelinde gesagt - etwas unfainen Mitteln. So scheute man nicht davor zurück, umstrittene (übrigens von einem CDU-Mitglied verfaßte) Verse aus einem längst zurückgezogenen nordrhein-westfälischen Schulbuch in Großanzeigen zu veröffentlichen und den Saarländern für den Fall eines Regierungswechsels gleiches "Unheil" anzudrohen.

Ja, man ging sogar noch weiter: In einer anderen Anzeige klagte die CDU, daß sie im Gegensatz zu SPD und FDP leider nicht über genügend Geld für Anzeigen und Plakate verfüge. Tatsache ist jedoch, daß die CDU-Landesregierung sich für die Jahre 1974/75 von ihrer Landtagsmehrheit 1,7 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit bewilligen ließ - sechsmal soviel wie im Jahr 1973. Mit diesen Steuergeldern wurden seit etwa einem halben Jahr Woche für Woche aufwendige bunte Druckschriften an das Volk an der Saar verteilt, bzw. über den besten Multiplikator, die regierungsfromme "Saarbrücker Zeitung", die das Monopol hat. Doch offensichtlich hatten die farbigen "Informationsschriften" der Landesregierung nicht die gewünschte Wirkung. Im Gegenteil: Immer mehr Saarländer erregten sich darüber, daß statt Sachinformation eindeutige Parteipropaganda betrieben wurde, daß andererseits jedoch die Imagewerbung für das Saarland, unerlässlich für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe, sträflich vernachlässigt werde.

Auch das letzte Geheimrezept der CDU, den Saarländern den Ausverkauf des Saarlandes durch die "vaterlandslosen" Sozialliberalen zu suggerieren, schlug fehl. Eindeutige Erklärungen unsererseits bekräftigten frühere Aussagen, daß an Länderneugliederung solange nicht zu denken ist, wie das

Saarland in einem Rückstand gegenüber vergleichbaren deutschen Industrie-
regionen lebt. Während sich der CDU-Ministerpräsident Dr. Röder noch 1971
für das Aufgehen des Saarlandes in einem großen Südweststaat mit Rheinland-
Pfalz und Baden-Württemberg ausgesprochen hatte, spielt die CDU sich heute
als einzige Bewahrerin der saarländischen Selbständigkeit auf und ließ
entsprechend auch ihr Bundespräsidium tönen.

Ich bin überzeugt, daß die saarländischen Wähler, die 1972 mit einem
Votum von 47,9 vH für die SPD bewiesen haben, daß traditionelle Vorstellun-
gen über das konservative Wahlverhalten an der Saar längst nicht mehr stim-
men, auch die Durchsichtigkeit dieser inzwischen leicht chauvinistisch, auf
jeden Fall jedoch überzogen wirkenden Parolen durchschaut haben. Wir So-
zialdemokraten haben uns um einen argumentativen Wahlkampf bemüht, und wir
haben sehr früh damit begonnen. Schon im Herbst letzten Jahres besuchte ich
gemeinsam mit den Mitgliedern unserer Regierungsmannschaft alle 50 saarländi-
schen Großgemeinden und sprach auf öffentlichen und Partei-Veranstaltungen.
Damit wurde ein Doppelleffekt erzielt. Der durch die unglückliche Medien-
situation im Saarland etwas vernachlässigte Bekanntheitsgrad der SPD-Poli-
tiker wurde schlagartig angehoben. Außerdem gelang es, die Mitglieder unserer
Partei, vor allem die Funktionäre, rechtzeitig zu mobilisieren und auf
den bevorstehenden Wahlkampf einzustimmen.

Ich bin ganz ehrlich: Als wir in der eben geschilderten Weise den
eigentlichen Wahlkampf vorbereiteten, sah es für uns Sozialdemokraten sehr
düster aus. Die Arbeitslosenzahlen an der Saar stiegen in besorgniserregen-
de Höhe. Zuletzt lagen sie bei sieben vH, und diese Zahl wird noch plasti-
scher, wenn man weiß, daß das Saarland die geringste Frauenerwerbsquote hat,
die höchste Abwanderung von Erwerbspersonen und die geringste Ausländerbe-
schäftigung. Die CDU-Landesregierung wurde nicht müde, diese Entwicklung
der Bundesregierung anzulasten, andererseits aber lautstark nach Bonner
Hilfe zu rufen. Die Bundesregierung half tatsächlich. Bei den Konjunktur-
programmen wurde das Saarland überdurchschnittlich berücksichtigt. Hinzu
kamen erhebliche anteilige Mittel aus den Zuschüssen der Bundesanstalt für
Arbeit. Bald, sehr bald schon zeigten diese Maßnahmen Wirkung. Auch an
der Saar sind die Arbeitslosenzahlen im Sinken begriffen. Darüber hinaus
- und das rechne ich uns Sozialdemokraten als ein Verdienst an - haben

unsere Arbeitnehmer sehr wohl verstanden, daß die überhöhte Krisenanfälligkeit der Saar-Wirtschaft ein Ausfluß der jahrzehntelangen völlig mißlungenen Strukturpolitik der Landesregierung ist. Ein Argument zieht bei den im Eigenheimbau weit vor den Schwaben liegenden Saarländern am besten: Wer ein Haus bauen will, braucht vorher einen Plan und muß ihn genehmigen lassen. Diese Landesregierung jedoch glaubt, sie könne ein ganzes Land ohne Plan (sprich: Landesentwicklungsplan) aufbauen.

Ähnlich konnten wir der CDU auch in anderen Bereichen ihr Versagen nachweisen. Wir stützten uns bei unserer Argumentation auf unser Regierungsprogramm, das bereits im Herbst 1974 fertiggestellt war. Nicht einfach war es jedoch, unsere Vorstellungen "an den Mann" zu bringen. Grund: die bekannte Mediensituation. Deshalb setzten wir während des ganzen Winters und im Frühjahr unsere Veranstaltungswelle fort. Zu unserer eigenen Überraschung konnten wir feststellen: Bis in die letzte Woche gab es einen Besuch, der dem der Veranstaltungen vor der 72er Bundestagswahl zumindest gleichkam. Darüber hinaus sorgten wir durch eigene Publikationen für eine, wenn auch relativ geringfügige, Verbreiterung des Informationsfächers im Saarland. Der "Saar-Express", in einer Auflage von 300.000 Exemplaren gedruckt - Information in einem ansprechenden Boulevardstil - wurde gern gelesen und hat uns geholfen.

Sehr frühzeitig beschlossen wir auch über die Gestaltung unserer Plakate, so daß wir bei Einsetzen der im Wahlkampfabkommen festgelegten "heissen Phase" sofort mit dem Plakatieren beginnen konnten. Auch hier hat die CDU entweder versagt oder geschlafen: Ihre Plakatwerbung ist ungeschickt und vom Sympathiewert noch am ehesten mit den Barzel-Plakaten des Bundestagswahlkampfes 1972 zu vergleichen.

Die persönliche Ansprache der Bürger hat in diesem Wahlkampf an der Saar einen beachtlichen Stellenwert. Wann diese Woche vergangen ist, werde ich persönlich mit rund 12.000 saarländischen Mitbürgern an der Haustür gesprochen haben. Da die anderen Kandidaten ein ähnliches Pensum bewältigten, kann man davon ausgehen, daß mehr als 100.000 Saarländer in diesem Wahlkampf von SPD-Kandidaten persönlich angesprochen worden sind.

Fazit: Wir haben rechtzeitig angefangen und wir haben nach besten Kräften gearbeitet. Hinzu kam jedoch noch eines, und an dieser Stelle kann ich jetzt schon einen Dank abstaten: Alle prominenten Bundespolitiker der SPD - Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner, Holger Börner und andere -, alle Mitglieder des Bundeskabinetts und alle sozialdemokratischen Ministerpräsidenten haben uns in diesem Wahlkampf unterstützt. Ihr Einsatz hat uns sehr geholfen. Ich bin zuversichtlich, daß unser Saarland schon bald auch der Bundesregierung helfen kann, dann nämlich, wenn in Saarbrücken eine sozialliberale Koalition regiert und die Bundesstatemehrheit anders aussieht.

(-29.4.1975/ks/bgy/pr)

+ + +

Seltene demokratische Entwicklungshilfe

Unions-Abgeordnete wollten am Voreabend der Wahl über Portugal den Stab brechen

Von Klaus Richter MdB

Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung
des Europarates und Sprecher der Deutschen Delegation

Die portugiesischen Wähler haben in den ersten freien Wahlen ganz überwiegend den demokratischen Parteien ihre Stimme gegeben. Das Wahlergebnis ist in der Bundesrepublik einhellig begrüßt worden. Am Voreabend dieser Wahl wurde in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates während der 27. Sitzung eingehend die Lage in Portugal erörtert. Grundlage dieser Ansprache war ein Bericht, den SPD-MdB Dr. Manfred Geßner im Namen des Ausschusses für die Nichtmitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung vorgelegt hatte.

Die Parlamentarische Versammlung hatte sich in dieser Debatte auch zu fragen, wie die Entwicklung in Portugal seit dem Sturz Castanos zu beurteilen ist und wie sie dem lange unterdrückten portugiesischen Volk schon jetzt die Annäherung an die internationalen Zusammenschlüsse des freien Europa ermöglichen könne. In beiden Fragen haben konservative und christdemokratische Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine Haltung eingenommen, die politisch einseitig und für Portugal wenig hilfreich war. Den Konservativen und Christdemokraten in der Parlamentarischen ER-Versammlung ging es vor allem um das Ziel, durch den Europarat eine deutliche Warnung vor einer "diktatorischen" Entwicklung gegenüber Portugal auszusprechen. Wäre es nach ihnen gegangen, hätte der Europarat Portugal verurteilen müssen, statt diesem Lande die Annäherung an Europa zu ermöglichen.

Die Hauptsprecher dieser Auffassung waren der italienische Christdemokrat Bettiol und der österreichische ÖVP-Abgeordnete Karasek. Bettiol

forderte ohne jede Einschränkung eine geistige und politische Verurteilung Portugals. Kersek beantragte bei einer Abstimmung über einen von ihm, dem Berliner CDU-Abg. Franz Anzehn und dem italienischen Christdemokraten Vedovato eingebrachten Änderungsantrag zu der um Hilfe und Stützung des demokratischen Entwicklungsprozesses in Portugal bemühten Empfehlung des Berichterstatters Dr. Manfred Geßner die namentliche Abstimmung, um, wie er zur Begründung ausführte, klar die Verantwortung der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung feststellen zu können, falls in Portugal eine Diktatur errichtet werden sollte.

Die deutschen CDU- und CSU-Abgeordneten in der Parlamentarischen Versammlung haben die Portugal-Debatte im Europarat ebenfalls zum Anlaß genommen, um entsprechend den Gonthofener Direktiven zu warnen und anzuklagen. So forderte Dr. Günther Müller CSU-MdB dazu auf, eine klare Verurteilung bei diesen Vorgängen "auf der linken Seite" auszusprechen. Im gleichen Atemzug nannte er Allende einen Antidemokraten, schlug aber bezeichnenderweise zu Pinochet. Für den CSU-Abg. Lamrich handelte es sich in Portugal klar um eine Entwicklung, die mit der kommunistischen Machtergreifung in Ungarn und der Tschechoslowakei 1947/48 verglichen werden müsse. Dennoch forderte er Portugal dazu auf, sich am westeuropäischen Beispiel zu orientieren.

Wie aber soll sich Portugal an denjenigen Westeuropäern ein Beispiel nehmen, die es ohne Rücksicht auf die Last der Unterentwicklung, der Armut und der Unterdrückung durch eine faschistische Diktatur verurteilen wollen, zumal die, die die Entwicklung in Portugal heute kritisieren, die faschistische Diktatur schweigend und ohne Beanstandung hingenommen haben? Der Europarat würde seiner Verantwortung nicht gerecht werden, wenn er sich durch eine Entschließung der Parlamentarischen Versammlung im Sinne einer Verurteilung ausgesprochen hätte. Daß dies nicht geschehen ist, ist vor allem dem Berichterstatter Manfred Geßner sowie der geschlossenen Haltung der Sozialistischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu verdanken. (-/ 29.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Wird der Kölner Dom abgerissen ?

Zwischenbilanz zum Altstadteanierungsgesamtkonzept der Bundesregierung

Von Dr. Claf Schwancke MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
und des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Denkmalschutzjahr 1975

"Reißt den Kölner Dom ab": Ganzseitige Illustrierten-Anzeigen mit dem Kölner Wahrzeichen im Hintergrund, mit diesem Aufruf und drei Ankreuzmöglichkeiten für Interessierte, wurde erneut auf das gesellschaftspolitische Problem "Altstadteanierung" öffentlich auf breiter Ebene aufmerksam gemacht. Diese Bewußtseinskampagne, die durch die Aktion Gemeinsinn in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Nationalkomitee durchgeführt wurde, hatte ein erfreulich großes Echo.

Freilich - das hehre Wahrzeichen Kölns, unserer Region, unseres Landes, ist nicht in Gefahr, abgerissen zu werden; aber dafür die ach so baufällige Jugendstilvilla, um einem Supermarkt Platz zu machen; die störende Fachwerkscheune aus dem frühen 18. Jahrhundert, weil eine Straße verbreitert werden soll, damit der städtische Verkehrsfluß besser funktioniert; die alte Poststation, um das innerstädtische Parkplatzproblem zu lösen. Spekulationsinteressen, Profitmaximierung, Ohnmacht und z.T. auch Ignoranz der Kommunen haben jahrelang unsere Altstädte und Altstadtkerne zerstört: Die Stadtzerstörung hat in der Bundesrepublik allein in den letzten zehn Jahren ein Ausmaß erreicht, das beinahe dreimal so groß ist wie alle Kriegszerstörungen insgesamt es waren. Diese Entwicklung massiv zu stoppen, ist die gemeinsame politische Aufgabe aller, insbesondere der Gemeinden, der Länder und des Bundes!

Der Bundesgesetzgeber ist, soweit Bodenrechtsmaßnahmen zu treffen sind und das Steuerrecht berührt wird, als allererster aufgefordert - insbesondere in diesem Jahr des Europäischen Denkmalschutzes -, initiativ zu werden. Zu dem umfassenden Komplex Altstadteanierung hat die Bundesregierung in ihrer ersten Stellungnahme zur Bundesratsinitiative eines "Entwurfs eines Gesetzes zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Gebäude" (BT-Drs. 7/2552) am 20. September 1974 ein Gesamtkonzept angekündigt: Den ersten Schritt dazu hat sie getan, indem sie dem Städtebau-Ausschuß durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Haack ihre Vorstellungen zur Novellierung der Verwirklichungsgebote im Bundesbaugesetz vorlegte (dazu war sie im Übrigen durch einstimmigen Beschluß des Ausschusses in der Lübeck-Sitzung im Oktober vergangenen Jahres ausdrücklich aufgefordert worden).

Jetzt hat der federführende Städtebauausschuß seine Beratungen namentlich zu den §§ 39 e und 39 h, den Geboten zur Modernisierung und Erhaltung

von städtebaulich, kulturhistorisch und künstlerisch wertvollen Gebäuden, vorläufig abgeschlossen. Da wesentliche Einwendungen der mitberatenden Ausschüsse eigentlich nicht zu erwarten sind, auch der § 34 (Innenstadtbebauungsaufgaben) im Kern entsprechend der Vorlage der Bundesregierung akzeptiert werden wird, ist ein bedeutender Schritt zur Lösung der Sanierungsprobleme in den Altstädten und Altstadtkernen getan. Allerdings ist zu hoffen, daß auch die Länder, die noch kein oder nur ein veraltetes Denkmalschutzgesetz haben, sich mit einem entsprechenden neuen Gesetz ein notwendig korrespondierendes Instrument schaffen.

Durch das Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot (§ 39 e des Bundesbaugesetzes) soll künftig der Eigentümer verpflichtet werden können, Mängel und Schäden seiner baulichen Anlage zu beseitigen. Insbesondere der "Mängel"-Katalog macht deutlich, daß den Gemeinden durch dieses Bundesgesetz ein wirksames Instrument an die Hand gegeben wird: § 39 e Abs. 3 definiert die Mängel u.a. so: "Wenn durch Abnutzung, Alterung, Witterungseinflüsse oder Einwirkungen Dritter 1. die bestimmungsmäßige Nutzung der baulichen Anlage nicht nur unerheblich beeinträchtigt oder 2. die bauliche Anlage nach ihrer äußeren Beschaffenheit das Straßen- oder Ortsbild nicht nur unerheblich beeinträchtigt oder 3. die bauliche Anlage erneuerungsbedürftig ist und wegen ihrer städtebaulichen, insbesondere geschichtlichen oder künstlerischen Bedeutung erhalten bleiben soll", kann das Modernisierungs- oder Instandsetzungsgebot erlassen werden.

Die "Erhaltung baulicher Anlagen", die Bestimmungen des § 39 h, lassen Abbrüche, Umbauten oder andere Änderungen in festgelegten Gebieten nur noch in ganz wenigen Fällen überhaupt zu: Der Absatz 3 bestimmt u.a., daß bauliche Anlagen nichtabgebrochen werden dürfen, wenn "sie allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild oder die Stadtgestalt prägen, oder sie von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung sind" oder damit eine "städtebauliche Umstrukturierung" eingeleitet wird oder sich auch dadurch die "Zusammensetzung der Bevölkerung eines Gebietes", die städtebaulich unerwünscht ist, wesentlich ändern würde.

An der inhaltlichen Erarbeitung dieser neuen Bestimmungen der Modernisierung und der Erhaltung haben sich insbesondere auch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Bamberg-Lübeck-Regensburg entscheidend und hilfreich beteiligt. Das begreife ich als gutes Omen auch für die "Arbeitsgemeinschaft historischer Fachwerkstädte", die sich am 5. Mai in Hann.Münden konstituieren wird.

Den Kölner Dom will heute und morgen keiner abreißen, in der Regel auch niemand das städtische mittelalterliche Rathaus, aber vieles andere architektonisch Überlieferte. Das kann künftig nicht mehr geschehen, wenn die zuständigen Gemeinderäte das Schwert, das ihnen der Bundesgesetzgeber in die Hand geben wird, gegen die potentiellen Altstadterstörer führen.

(-/29.4.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller